

Der Vorstand

STATUT

**Interessengemeinschaft
„Gemeinschaftsantennenanlage“
im Wohnbezirk 71**

– beschlossen am 31. Juli 1981 –

Inhalt:

- 1. Ziele und Aufgaben**
- 2. Organe der Gemeinschaft und Beschlußfassungen**
- 3. Finanzierung**
- 4. Anschluß an die Gemeinschaftsantennenanlage**
- 5. Arbeitsleistungen**
- 6. Austritt bzw. Ausschluß aus der Gemeinschaft**
- 7. Schlußbestimmungen**

1. Ziele und Aufgaben

1.1. Die Interessengemeinschaft „Gemeinschaftsantennenanlage“ im Wohnbezirk 71 ist eine Gemeinschaft interessierter Bürger des WB 71 entsprechend § 266 ff. des ZGB.

Die Interessengemeinschaft hat das Ziel, durch den Bau sowie die qualitätsgerechte Unterhaltung eines gemeinsamen Empfangsturmes einschließlich dazugehöriger Ausrüstungen, wie Antennenmast, Antennenanlage, Verstärkeranlage, Verteilerleitungen zu den Abnehmern, Erdung, Stromzuführung, den Fernsehempfang für DDR I und DDR II sowie weitere Empfangsverbesserungen, u. a. UKW-Hörrundfunk und Farbfernsehen, zu sichern.

1.2. Im Zuge der Inbetriebnahme können alle häuslichen Anlagen der Mitglieder beseitigt werden. Dadurch gestalten wir gemeinsam die Aktion „Schöner unsere Städte und Gemeinden“ mit und sparen volkswirtschaftlich wichtiges Material ein.

Darüber hinaus werden Schäden an Dächern und Wohnungen vermieden und damit auch volkswirtschaftlich wichtige Reparaturleistungen eingespart.

1.3. Ein weiterer Vorteil ist eine erhebliche Einsparung von Montageleistungen durch den in Frage kommenden Antennenmontagebetrieb. Die individuelle Anlage auf jedem Haus und deren Erweiterung auf den Farbfernsehempfang bzw. den UKW-Stereoempfang bringt erhebliche Mehraufwendungen an Arbeitszeit, Material und Kosten. Darüber hinaus entfällt für Mitglieder, welche Fernsehgeräte mit nur einem Fernsehprogramm besitzen, der Kauf eines Konverters oder gar eines neuen Fernsehgerätes.

1.4. Die durchzuführende Maßnahme bietet außerdem die volle Beachtung aller in Frage kommenden Arbeits- und Brandschutzanordnungen (auch solcher Schwerpunkte wie TGL-gerechter Blitzschutz), da die Arbeiten von einem zugelassenen Fachbetrieb projektiert und dementsprechend ordnungsgemäß durchgeführt werden. Bei individuellen Anlagen werden diese wichtigen Grundsätze nur teilweise berücksichtigt bzw. überhaupt nicht beachtet.

2. Organe der Gemeinschaft und Beschlußfassungen

2.1. Organe der Gemeinschaft sind:

- Mitgliederversammlungen
- Vorstand mit nachgeordnetem ständigem technischem Dienst
- Revisionskommission

2.2. Die Mitgliederversammlung ist das höchste Organ der Gemeinschaft. Sie ist auf Beschluß des Vorstandes oder auf Verlangen von mindestens einem Drittel der Mitgliederzahl oder der Revisionskommission einzuberufen.

2.3. Der Vorstand besteht aus 25 Mitgliedern der Gemeinschaft, die in einer Mitgliederversammlung in offener Abstimmung gewählt werden. In der konstituierenden Sitzung des Vorstands sind die Fachverantwortlichen bzw. Funktionen festzulegen.

2.4. Die Revisionskommission besteht aus drei Mitgliedern der Gemeinschaft. Sie wird in offener Abstimmung in einer Mitgliederversammlung für die Dauer von 5 Jahren gewählt.

2.5. Die Gemeinschaft wird vom Vorstand vertreten. Er wird für die Dauer von 5 Jahren gewählt.

2.6. Der Vorstand ist den Mitgliedern einmal jährlich im Rahmen einer Mitgliederversammlung rechenschaftspflichtig. In dieser Mitgliederversammlung ist gleichzeitig der Revisionsbericht zu geben.

2.7. Beschlüsse der Gemeinschaft werden in ihren Organen bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitgliederzahl durch einfache Stimmenmehrheit gefaßt und erfordern nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus, daß sich die Minderheit der Mehrheit unterordnet und alle auf diese Weise gefaßten Beschlüsse von allen Mitgliedern streng beachtet und durchgesetzt werden. Schwerwiegende Entscheidungen, z. B. Umbauarbeiten an der Gemeinschaftsantennenanlage im Wert von über 5000,— M, können nur von der Mitgliederversammlung beschlossen werden.

3. Finanzierung

3.1. Die Interessengemeinschaft arbeitet mit Kostendeckung. Sämtliche Kosten sind von den Mitgliedern zu gleichen Teilen zu tragen. Die Arbeit gestaltet sich auf der Grundlage eines Jahresfinanzplanes, welcher durch den Vorstand zu erarbeiten ist und von der Revisionskommission bestätigt wird.

3.2. Kosten entstehen durch

- Materiallieferungen
- Arbeitsleistungen
- Gebühren
- Versicherungsschutz
- Oberflächenentschädigung

3.3. Bei der Errichtung der Gemeinschaftsantennenanlage entstehen aus heutiger Sicht Gesamtkosten pro Haushalt von zirka 500,- M. Dieser Betrag ist wie folgt auf das Konto der Interessengemeinschaft zu entrichten:

- bei Aufnahme 100,- M Termin bis 30. 7. 1981
- 1. Rate 200,- M Termin bis 30. 9. 1981
- 2. Rate 200,- M Termin bis 31. 12. 1981

3.4. In einer Mitgliederversammlung wird zu gegebener Zeit über eine notwendige Erhöhung des Kostenbeitrages bzw. nach Fertigstellung der Antennenanlage über eine Rückzahlung oder Übernahme in das Folgejahr im Rahmen der laufenden Kosten entschieden.

3.5. Für die Instandhaltung der Gemeinschaftsantennenanlage wird ab Fertigstellung pro Jahr und Teilnehmer ein Betrag von 20,- M erhoben. Bei jedem weiteren Anschluß pro Haushalt erhöht sich der Betrag um 5,- M.

Damit werden folgende Leistungen finanziert:

- Instandhaltung des Antennenmastes (z. B. Anstricharbeiten),
- notwendige Durchsichten der Anlage und Instandsetzung in Fremdleistung,
- Tätigkeit innerhalb der Organe der Gemeinschaft,
- sonstige Leistungen, z. B. Postgebühren, Aufwendungen aus Schriftverkehr u. a.

Nach Fertigstellung der Gemeinschaftsantennenanlage werden bei einem Kontostand von über 8000,- M vorübergehend keine oder weniger Instandhaltungsbeiträge erhoben.

Die Jahresgebühren sind bringepflichtig und jährlich bis zum 31. 1. auf das unter Pkt. 3.3. genannte Konto zu entrichten. Bei verspäteten Zahlungen wird ein Zuschlag von 10 % berechnet. Auf Beschluß des Vorstandes kann bei Zahlungsverweigerungen der Anschluß entschädigungslos abgeklemt werden.

3.6. Alle Ausgabenbelege sind vom Kassenbeauftragten des Vorstandes sowie einem weiteren Beauftragten des Vorstandes zu unterzeichnen.

4. Anschluß an die Gemeinschaftsantennenanlage

4.1. Pro Teilnehmer ist der Anschluß eines Fernsehgerätes und eines Rundfunkempfängers möglich.

Jeder Teilnehmer kann jedoch bei der Zahlung der entstehenden zusätzlichen Anschlußkosten von ca. 100,— M weitere Anschlußmöglichkeiten für Rundfunk- und Fernsehempfänger anbringen lassen.

4.2. Als Teilnehmer gilt ein Haushalt (wie bei der Ausgabe der Kohlenkarten). Alleinstehende Bürger, welche im Haushalt der Kinder wohnen, haben die Möglichkeit, nach Antrag beim Vorstand einen Anschluß für 100,— M zu erhalten.

4.3. Die Gemeinschaftsantennenanlage beginnt am Antennenmast und endet an der Geräteanschlußdose. Den Verlauf der Kabel und die Lage der Geräteanschlußdosen innerhalb des Gebäudes bzw. der Wohnung bestimmt der jeweilige Teilnehmer.

4.4. Das weitere individuelle Verstärken der Signale der Gemeinschaftsantennenanlage ist verboten.

4.5. Eine weitere Verteilung nach der Stichleitungsdose zum Anschluß eines Zweitapparates ist nur im Haushalt des Teilnehmers unter Beachtung der betreffenden Bedingungen zulässig.

4.6. Veränderungen an der gesamten Gemeinschaftsantennenanlage dürfen nur durch einen vom Vorstand beauftragten Monteur durchgeführt werden.

Bei notwendigen Umbauarbeiten an Hausgrundstücken übernimmt die Gemeinschaft den Umbau der Hauptleitung.

Bei Umbau der Hausanschlüsse (z. B. Wohnungsveränderung) trägt der Teilnehmer die Kosten.

4.7. Jeder Teilnehmer ist verpflichtet, die Rundfunk- und Fernsehgebühren (I. und II. Fernsehprogramm) in voller Höhe an die Deutsche Post zu entrichten.

4.8. Im Interesse einer optimalen und kostengünstigen Leitungsführung gestattet jeder Teilnehmer entschädigungslos das Überqueren seines Grundstückes und das Befestigen von Leitungen an seinen Gebäuden auch für andere Teilnehmer. Das Setzen von Masten bedarf einer besonderen Vereinbarung (ZGB § 321/322).

4.9. Jeder Teilnehmer gestattet dem beauftragten Monteur oder dem beauftragten Vorstandsmitglied der Gemeinschaft bei Bedarf den Zugang bis zu den Geräteanschlüssen.

5. Arbeitsleistungen

5.1. Grundsätzlich hat jedes Mitglied der Gemeinschaft unter Berücksichtigung seiner gesundheitlichen Einsetzbarkeit den Bau und die Erhaltung der Gemeinschaftsantennenanlage durch Arbeitsleistungen zu unterstützen.

5.2. Die Mitglieder sind verpflichtet, zum Bau der Anlage 20 Stunden Arbeitsleistung ohne Vergütung zu erbringen. Aufforderung und Einsatz hierzu erfolgen durch den Vorstand.

Über die 20 Stunden hinaus geleistete Arbeitszeit wird mit 5,50 M pro Stunde vergütet.

5.3. Sollte sich ergeben, daß die Höhe der zu erbringenden Eigenleistungen (20 Stunden) nicht erforderlich ist bzw. nicht ausreicht, wird durch den Vorstand eine Neuregelung vorgenommen.

5.4. Für Alters- und Invalidenrentner sowie alleinstehende Frauen können die Eigenleistungen entfallen. Über den Wegfall der Eigenleistungen entscheidet der Vorstand nach Antrag.

5.5. Wird die festgelegte Anzahl der Pflichtstunden je Haushalt nicht geleistet, so wird eine Beitragsnachzahlung von je 8,— M pro nicht geleistete Stunde (Grundlage sind die festgelegten 20 Pflicht-Arbeitsstunden) fällig.

Wird die Zahlung verweigert, so erlischt die Mitgliedschaft. Die Rückzahlung des unter Pkt. 3.3. genannten Grundbetrages erfolgt in diesem Falle unter Abzug der bis zu diesem Zeitpunkt entstandenen Gesamtaufwendungen.

6. Austritt bzw. Ausschluß aus der Gemeinschaft

6.1. Jedes Mitglied kann aus der Interessengemeinschaft auf eigenen Wunsch ausscheiden. Eine Entschädigung oder Rückzahlung des eingezahlten Betrages erfolgt abzüglich des bis zum Zeitpunkt des Austrittes entstandenen Aufwandes, zuzüglich der durch die Umgehung des betreffenden Anschlusses entstehenden Kosten.

6.2. Der Anschluß kann an einen späteren Nutzer (z. B. bei Wohnungswechsel) mit dem Grundbetrag von 500,— M innerhalb des bisherigen Haushaltes verkauft werden. Voraussetzung ist, daß der nachfolgende Nutzer Mitglied der Interessengemeinschaft wird und durch Unterschrift das Statut anerkennt.

6.3. Der Ausschluß eines Mitgliedes aus der Interessengemeinschaft kann bei groben Verstößen gegen dieses Statut auf Beschluß der Mitgliederversammlung entschädigungslos erfolgen.

6.4. Bei Todesfall ist die Mitgliedschaft vererbbar. Die geleisteten finanziellen Beiträge können durch die Erben nicht zurückgefordert werden.

7. Schlußbestimmungen

7.1. Die Mitgliedschaft in der Interessengemeinschaft erfolgt bezüglich der Qualität des Rundfunk- und Fernsehempfanges auf eigenes Risiko jedes einzelnen Teilnehmers. Nach Ausschöpfung aller technischen Möglichkeiten können die gewählten Organe diesbezüglich nicht zur Verantwortung bzw. Rechenschaft gezogen werden.

7.2. Die Mitglieder sind über das „Gesetz zum Schutze des Friedens“ vom 15. 12. 1950 belehrt.

7.3. Jeder Teilnehmer der Interessengemeinschaft hat dieses Statut nach der gemeinsamen ersten Beratung und Beschlußfassung in der ersten Mitgliederversammlung am 3. 7. 1981 durch seine Unterschrift bestätigt und anerkannt.

7.4. Bei Rechtsstreitigkeiten, welche innerhalb der Interessengemeinschaft nicht geklärt werden können, ist der Gerichtsort Gera.

Im Auftrag der Interessengemeinschaft

Ort: Gera

Datum: 3. 7. 1981

Unterschrift:

Vorsitzender

Anhang zum Statut

Der Vorstand der Interessengemeinschaft „Gemeinschaftsantennenanlage“ wurde in der 1. Mitgliederversammlung am 3. 7. 1981 einstimmig gewählt und setzt sich wie folgt zusammen:

Vorstand der Interessengemeinschaft

Vorsitzender

1. Stellvertreter

Geschäftsführer

Verantwortlicher Technik und Stellv.
des Vorsitzenden

Verantwortlicher Organisation und Stellv.
des Vorsitzenden

Mitglieder des Vorstandes

V 10 8 Ma-G 2/125/81